

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**8. (außerordentliche) Plenarsitzung  
der Stadtverordnetenversammlung**

**am Freitag, dem 25.01.2002**

**(18.00 Uhr bis 21.47 Uhr)**

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit .....	1
<b>2. Raumordnungsverfahren Flughafen. ....</b>	<b>2</b>
Bericht des Magistrats vom 21.12.2001, B 1007	
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 21.01.2002, NR 468	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 23.01.2002, NR 469	
<u>hierzu:</u> Antrag der PDS vom 23.01.2002, NR 471	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 16 vom 15.01.2002, OA 490	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 16 vom 15.01.2002, OA 491	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	2
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	5
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: .....	7
Stadtrat Edwin Schwarz: .....	8
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: .....	14
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>17</b>
Stadtverordneter Volker Stein, FDP: .....	20
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	22
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	24
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: .....	28
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: .....	30
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS: .....	32
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	34
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	36
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	38
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	41
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG: .....	42
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU: .....	43
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD: .....	44
Stadtverordnete Anna Latsch, SPD: .....	48

-----

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Tag, sofern Sie noch im Raum sind.

Ich möchte mir einfach einmal diesen Bericht vornehmen, weil vieles, das über ihn zu seiner Verteidigung gesagt wurde, schlicht und einfach falsch ist. Auch Teile der Kritik daran treffen nicht ganz zu, und das möchte ich richtigstellen.

Mit dem Bericht B 1007 übernimmt der Magistrat die Position des Kapitals, und er tut es ziemlich ungeniert. Er gibt nicht einmal vor, die Interessen der Bevölkerung gegen die der Fraport AG wirklich abzuwägen.

Frau Hanisch von den GRÜNEN hat vorhin gesagt, der Magistrat werte nicht. Das tut er doch. Er nimmt ein paar Stichworte auf, Gesundheit, Ökologie, kommen als Begriffe, als Adjektive vor, aber sie werden dann abgewertet, und das möchte ich zeigen.

Gegen das Interesse der Menschen, am ruhigen und nicht durch Lärm zerfetztem Schlaf - das wird in diesem Bericht gering geschätzt beziehungsweise als wirkliches Problem nur genannt und dann gleich wieder heruntergeputzt, genauso das Interesse an einem Alltag, in dem die Nerven nicht durch Fluglärm aufs Äußerste angespannt werden, ebenso das Interesse von Menschen an gesunder Luft und gesundem Wasser. In dem Bericht geht es, wenn man ihn liest, wenn man ihn politisch und sprachanalytisch wertet, ausschließlich um den Ausbau. Da werden die „Ausbaunotwendigkeiten“ „anerkannt“ und permanent wiederholt, auch die Ergebnisse der Mediation.

Man darf nicht vergessen: Die Mediation wird hier immer als etwas Objektives zitiert. Politische Mediation wurde in den USA erfunden und anschließend im Wissenschaftszentrum in Berlin weiter entwickelt, mit dem Ziel, dies als Herrschafts- und Befriedungstechnik einzusetzen, was hier auch weitgehend gelungen ist. Auch das dient den Interessen der Betreiber.

Die Worte „ökologisch“ und „sozial“ kommen ein paar Mal vor, um dann gleich verschluckt zu werden vom immer wiederkehrenden

„Vorrang“ des Ausbaus. Es geht - immer wiederkehrend - um „wirtschaftliche Effekte“, „übergreifende Standortentwicklung“, „wirtschaftliche Entwicklung der Stadt“.

In der Klage der Stadt Neu-Isenburg weisen die Kläger nach, dass die Fraport AG - solche immanenten Illegalitäten hätten der Stadt Frankfurt und dem Magistrat vielleicht auffallen können - in den letzten Jahren Betriebsenerweiterungen vorgenommen hat, insbesondere Gebäude und Anlagen im Süden, die illegal entstanden sind, ohne die notwendigen Raumordnungsverfahren. Zu diesen Schwarzbauten sagen die Anwälte der Kläger sehr überzeugend: „Wir sprechen hier immerhin von einer Kapazitätserweiterung in der Größenordnung des Münchener Flughafens mit 25 Millionen Fluggästen.“

Wenn ich den Bericht des Magistrats richtig verstanden habe, nimmt er nun für seinen - ein wunderschöner Technokratenbegriff - „Prognose-Null-Fall“ diese umfangreichen Schwarzbauten als gegeben an, sodass im Vergleich damit künftige Erweiterungen kleiner erscheinen. Das ist der Trick im gesamten Verfahren. Dabei kann „die Genehmigung für einen Schwarzbau nur dann erteilt werden, wenn das gesamte Bauvorhaben zur Genehmigung gestellt wird“, sagt die Stellungnahme der Stadt Neu-Isenburg. Aber das interessiert den Frankfurter Magistrat nicht.

Die verlogene Sprache des Berichtes B 1007 ist ziemlich auffällig. Der Magistrat redet von „raumbedeutsamen Umweltauswirkungen“. Wunderbar. Er spricht von „Verlärmungen von Siedlungsflächen“ und von „Beanspruchung von Wäldern“. Fakt ist, verlärmert werden nicht abstrakte leere Siedlungsflächen, sondern Menschen werden mit Lärm terrorisiert, und Wälder werden nicht etwa beansprucht, sondern sie werden durch Abholzung zum Teil vernichtet. Herz- und Kreislauferkrankungen, Immundefekte, Krebs, psychische Krankheiten, Stress, Luftvergiftung, Wasser- und Bodenvergiftung, Verseuchung des Trinkwassers durch Lösemittel und Kerosin: Macht nichts, sagt der Magistrat: „Das Ausbaivorhaben wird grundsätzlich befürwortet.“ Und: „Die Stadt Frankfurt am Main befürwortet daher grundsätzlich den Ausbau des Flughafens.“ Es kann passieren, was will.

Und auf einer anderen Seite, immer die gleichen Zitate, wie ein Mantra vorgetragen: „Folgerichtig ist bei der Abwägung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Belange“, man nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat das Wort ökologisch buchstabieren kann, „dem bedarfsgerechten Ausbau Vorrang einzuräumen.“ Das Magistratsmantra ist also „unbedingter Vorrang ökonomischer Interessen und des Ausbaus“.

Es gilt hier - und das wurde früher von den gleichen Leuten Atomkraftgegnern immer vorgeworfen - das Sankt-Florians-Prinzip. Zwar sei die „Lärmbetroffenheit der Bevölkerung auf Frankfurter Gemarkung bei einer Nordbahn geringer“, und zutreffend sei, „dass durch den Ausbau der Südvariante größere Bevölkerungskreise vom Lärm betroffen sind“, aber trotzdem sagt der Magistrat: Sankt Florian.

Frau Heymann von der SPD hat behauptet, wirtschaftliche Argumente und Interessen stünden gegen emotionale. Ich frage mich: Wieso ist eigentlich das Interesse an Gesundheit, an Leben ohne Lärm, ohne Stress, ohne Nerverei irrational oder emotional? Wieso ist es nicht das Sachlichste und das Rationalste der Welt, wenn man sagt, gesundheitliche, ökologische und soziale Interessen müssen selbstverständlich vorrangig sein? Aber auch das kümmert den Magistrat nicht.

Es wäre nett, wenn die diversen Plauderrunden vielleicht vor die Tür gehen könnten. Ich sage das gern selbst, wenn das Präsidium dies nicht sagen möchte.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Entschuldigung, Frau Ditfurth, wenn Sie bitte einen Moment unterbrechen würden. Es tut mir sehr Leid, wenn ich den Hessischen Rundfunk in der Ecke dort hinten jetzt unterbrechen muss, aber das ständige Hin und Her stört sehr. Ich möchte Sie bitten, die Würde des Parlamentes zu achten, sodass die Diskussionsteilnehmer nicht gestört werden.

(Beifall)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Da klatschen jetzt die Falschen, denn die Kollegen vom HR haben gar nicht gestört, die habe ich hier nicht gehört, sondern die anderen Plaudergruppen im Raum.

Der Magistrat sagt: „Die Stadt Frankfurt am Main erkennt an, dass eine zusätzliche Start- und Landebahn notwendig ist“ und sagt auch, es gebe dann mehr Luft- und mehr Straßenverkehr und sagt: „erhöhte Umweltbelastung und mithin gesundheitliche Zusatzbelastung der Bevölkerung wird es mit sich bringen“, und das muss so sein. Die Stadt Frankfurt sagt auch - und darauf ist noch niemand eingegangen -, dass in diesem Zusammenhang eine Erweiterung der A 5, der A 661 und der Hanauer Landstraße unbedingt sein muss, um den Druck des Verkehrs aufzunehmen. Weil Mensch aber, sprich der Magistrat, die Summe der zu erwartenden zusätzlichen Belastungen für die Menschen angeblich nicht beurteilen will, wie der Magistrat darin selbst sagt, ist eine Stellungnahme „somit aus gesundheitlicher Sicht nicht möglich“, nach dem Motto, wir zerstören zwar Gesundheit, aber wir kommentieren es nicht weiter.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Herr Baier, hatten Sie einen Zwischenruf?

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Zwischenrufe müssen gemacht werden, eine Zwischenfrage geht nicht, die Redezeit ist zu kurz.

**Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:**  
(Zwischenfrage)

Das Präsidium war der Meinung, dass hier im Raum keine Interviews stattfinden sollten. Ich bitte, diesen Beschluss des Präsidiums umzusetzen.

(Beifall)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Das stört mich jetzt mehr als das Interview dahinten.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Sie haben wieder das Wort, Frau Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Das ist schön. Ich bitte, die Sekunden und Minuten an meine Redezeit anzuhängen.

Zwar werden Hunderte von Hektar Biotope und tierischer Lebenswelt zerstört, zwar sind heftige Steigerungsraten bei den Stickoxyd-werten zu erwarten - auch das wird zugegeben -, aber gebaut wird trotzdem. Ökologische Argumente werden überhaupt nur aufgenommen, um sie abzuwerten, und der Magistrat erfüllt nicht einmal die Auflage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, eine Alternative zum Flugverkehr zu erarbeiten.

Alles „Daseinsvorsorge“, ein Wort, das darin auch hundertzehntausendfach vorkommt. Daseinsvorsorge allerdings nur für die Kassen der Fraport AG. Dem Nachtflugverbot gibt der Magistrat zwar eine starke Schlüsselrolle, macht aber keine Bedingung daraus und nennt schon gar keine konkreten Zeiten, an denen ein Votum hängen würde.

Aber ich möchte gerecht sein. Der Magistrat hat auch eine Utopie: „Ein gesundheitsverträglicher Betrieb des erweiterten Flughafens ist auf Dauer nur dann möglich, wenn die von den künftig unumgänglich höheren Lärm- und Schadstoffemissionen betroffenen Siedlungsflächen freigehalten oder gegebenenfalls sukzessive wieder freigemacht werden.“ Weiter schreibt der Magistrat: „Künftig sind auch „weite Teile des Stadtwaldes für die Erholung der Bevölkerung ungeeignet.“ Macht ja nichts, Daseinsvorsorge. Wie wäre es also mit Zwangsumsiedlung der Menschen wie in China oder Indien? Was machen Sie eigentlich mit dem Wald, dessen zerschnittene,

traurige Reste dann giftverseucht und lärmumtost herumstehen und den Menschen keinen Genuss mehr bieten?

(Zurufe)

Was ist die Utopie des Magistrats? „Im Stadtgebiet“ soll Ersatz geschaffen werden „für die unbrauchbar gewordenen Flächen ... im übrigen Stadtgebiet müssen neue Gebiete für Erholung und Freizeitnutzung geschaffen werden.“

Wahrscheinlich haben Sie irgendwo eine Ersatzwelt.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wie wär's: Im Rahmen der Verschleuderung von Olympiabewerbungsmilliarden wird auf dem Römerberg eine Riesenkäseglocke aus schalldichtem Glas gebaut, Stadtwaldreste eingepflanzt und mit Trimm-dich-Pfad und Riesenrutsche - für manche direkt hinein in den Römer - ausgestattet.

(Beifall, Heiterkeit)

Der Magistrat verletzt das unveräußerliche Menschenrecht auf psychische und physische Gesundheit, was tatsächlich höher zu bewerten ist als der Profit der Fraport AG. So schlicht sind die Wahrheiten.

Zu den Anträgen: Ich verstehe die PDS überhaupt nicht, dass sie in Punkt eins ihres Antrages NR 471 schreiben kann: „Die Magistratsvorlage B 1007 wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.“ Ihr seid gegen den Inhalt, nehmt aber zur Kenntnis, dass der Flughafen - koste es, was es wolle - ausgebaut wird. Da seid ihr auf Verwaltungstechnokratenlogik hereingefallen. Ihr könnt es noch ändern. Zur Kenntnis nehmen ist - da mag die Verwaltung sagen, was sie will - politisch affirmativ.

Zuzustimmen ist - und das werde ich tun - bei einiger Detailkritik dem Antrag NR 468 der FAG, sofern er - so habe ich es verstanden - in Gänze den Bericht des Magistrats ersetzt. Zuzustimmen ist auch, bei allem Misstrauen gegen die politische Stabilität in Sachen Flughafen und anderer Ereignisse, dem Antrag NR 469 der GRÜNEN. Ich habe ihn mir sehr genau angeschaut und nichts gefunden, was mich von einer Annahme abhalten könn-

te, auch wenn etwas sonderbar ist, wie dürr der Antrag daherkommt und ihr den Magistrat ohne Vorgaben beauftragt, die Sache besser zu machen. So viel Gutgläubigkeit hätte ich nicht.

Zur Erläuterung, weil vorhin ein gewisser Herr Fischer hier erwähnt wurde: Es ist ganz einfach zu erklären, warum Herr Fischer für eine Erweiterung des Frankfurter Flughafens ist.

(Zurufe)

Nein, das ist eine platte Erklärung, die aus ihrem eigenen Milieu kommt. Das sind Ihre persönlichen Fantasien. Nein, das hat etwas damit zu tun, dass, wenn man mit synthetischen Wildgansformationen zur Bundestagswahl antritt, man eine zusätzliche Lande- und Startbahn auch in Frankfurt braucht.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Stein. Ich möchte noch einmal darum bitten, es ist wirklich sehr störend, wenn Sie hier Interviews im Raum machen und es stört die Diskussion sehr stark, zumal Sie eine Drehgenehmigung haben und keine Interviewgenehmigung. Es tut mir Leid. Herr Stein, Sie haben das Wort.

**Stadtverordneter Volker Stein, FDP:**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren!

Ich muss gestehen, gemessen an der großen Ankündigung dieser bedeutenden Debatte und der Notwendigkeit der Einberufung einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung haben wir von Seiten der Flughafenbaueegner heute herzlich wenig Sachliches gehört. Was ich um so mehr beklage, vielleicht mit Ausnahme des Redebeitrags der Kollegin Ditfurth.

Herr Schäfer, am meisten enttäuscht haben Sie mich mit dem Ablesen eines Sachver-

halts, der mit dem Inhalt dessen, was wir diskutieren, nur sehr peripher zu tun hat. Sie haben doch den Anspruch, dass Sie die emotional und gefühlsmäßig betroffenen Bürger in Sachsenhausen vertreten. Daran gemessen, kann ich nur sagen armselig, armselig.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein bisschen traurig stimmt mich die Tatsache, und da bin ich beim zweiten Punkt meiner Vorbemerkung, dass Frau Kollegin Tafel heute nicht unter uns weilt, um an dieser bedeutenden Debatte teilhaftig sein zu können.

(Beifall)

Denn da gibt es einige Erklärungsmuster. Das eine Erklärungsmuster ist, dass ich gelesen habe, dass sie für den Hessischen Landtag kandidieren soll und im Hessischen Landtag die sozialdemokratische Landtagsfraktion sowieso unisono für den Ausbau des Frankfurter Flughafens ist. Von daher akklimatisiert sie sich schon für den Landtagswahlkampf, in der Hoffnung, dass zu diesem Zeitpunkt auch schon ihr Ausbaueegneraufkleber am Auto vergilbt sein wird.

(Zurufe)

Deshalb bin ich etwas traurig, ob der Tatsache, dass wir uns nicht mit der Kollegin Tafel auseinandersetzen. Vielleicht können wir das intellektuell mit der Kollegin Seitz oder mit der Kollegin Latsch oder auch mit dem Kollegen Klingelhöfer machen hier von dieser Stelle, weil es mich in der Tat zutiefst interessiert, weshalb denn diese drei Kollegen, wenn sie denn so identisch sind mit dem, was ausgesagt wurde durch die bedeutende Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion doch so diametral unterschiedlicher Meinung sind, weil sie entgegen der weltweit bekannten sozialdemokratischen Fraktionsdisziplin es doch gewagt haben, gegen den Fraktionsvorstandstachel zu löcken.

Also meine Damen und Herren Latsch, Seitz und Klingelhöfer, kommen Sie hierher und erzählen uns, weshalb Sie gegen den Stachel löcken wollen.